

23/1995

Sommerkampagne „Umweltpolitik“

Peter Hintze: Weitersagen – unsere Erfolge können sich sehen lassen

Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Bundesumweltministerin Angela Merkel und Bundesverkehrsminister Matthias Wissmann am 10. Juli im Konrad-Adenauer-Haus erklärte Generalsekretär Peter Hintze:

Die Bewahrung der Schöpfung gehört zu den zentralen Anliegen einer Politik aus christlicher Verantwortung. Bei einer wachsenden Weltbevölkerung sind wir noch mehr als bisher herausgefordert, nationale Anstrengungen im Bereich des Umweltschutzes zu verstärken und globale Strategien zu entwickeln, um den Gesamtlebenszusammenhang Erde für unsere Kinder und Enkel lebenswert zu erhalten. Die CDU räumt der Umweltpolitik eine neue Priorität ein. Alle Politikbereiche müssen sich der ökologischen Frage stellen. Wir werden die Ökologische und Soziale Marktwirtschaft konsequent durchsetzen. Wir treten für eine Kreislaufwirtschaft ein, die moderne Technologien nutzt und ökologisch verträgliches Wachstum sichert.

Wir werden das Feld der Umweltpolitik nicht „sozialdemokratischen Dirigisten“ oder „grünen Technikfeinden“ überlassen. Allein die CDU ist in der Lage, Deutschland in eine ökonomisch erfolgreiche und ökologisch verantwortbare Zukunft zu führen.

HEUTE AKTUELL

● Sommerkampagne

Fünf Argumente zum Weitersagen. Seite 5

Umweltverträgliche Mobilität ist unser Ziel. Seite 7

Fünf Pluspunkte unserer Umweltpolitik. Seite 10

● Besuch in Polen

Symbol der Verständigung und Zeichen der Normalität. Seite 12

● Verfassungsschutz

Bundesinnenminister
Manfred Kanther: Die deutsche Demokratie ist abwehrbereit.
Seite 14

Erwin Marschewski:
PDS will demokratische Grundordnung überwinden. Seite 22

● Förderung

Die Eigentumssoffensive für die neuen Bundesländer wird fortgesetzt. Seite 26

● Europa

Helmut Kohl zur Reform der Christlich-Demokratischen Internationale (CDI):
Wir stehen am Anfang einer neuen Ära. Seite 27

Fortsetzung auf Seite 2

CDU fordert: Bis 2000 alle Autos mit Katalysator

Kampagne gestartet – Aktion „Weitersagen“
Zehn Mio ohne G-Kat

CDU-Sommer
mit Kat-Säcken

CDU wirbt in
Sommerkampagne
für Kat-Autos

Die CDU wirbt für Autos
mit einem Katalysator

„Bei Smog lassen wir
nur Kats aus dem Sack“
CDU startet Kampagne für Kat-Autos

VERKEHR / Mineralölindustrie soll Benzolanteil im Benzin senken

Fortsetzung von Seite 1

Wir werden in den kommenden Wochen unsere Umweltpolitik in den Mittelpunkt einer Sommerkampagne unter dem Motto „Weitersagen“ stellen. Wir legen eine Dokumentation unserer bisherigen Erfolge vor und machen mit verschiedenen Textplakaten sowie Großflächen auf diese Kampagne aufmerksam.

Deutschland ist unter der Regierung Helmut Kohl zum Vorreiter bei der Einführung einer Kreislaufwirtschaft, zum international beachteten Fürsprecher eines weltweiten Klimaschutzes und zum Weltmarktführer in der Umwelttechnik geworden. Auf diesen Erfolgen dürfen wir uns aber nicht ausruhen, sondern wir müssen auch in Zukunft neue und kreative Wege beschreiten.

Mit der Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft zur Ökologischen und

Sozialen Marktwirtschaft schafft die CDU einen ordnungspolitischen Rahmen, der die Leistungskraft und Kreativität des Menschen herausfordert und zugleich den pfleglichen Umgang mit der Natur als ökologisches und ökonomisch sinnvolles Verhalten unterstützt.

Mit modernster Technik

Wir lehnen Zukunftspessimismus und jene latente Technikfeindlichkeit ab, die vor allem die Grünen geradezu kultivieren. Sie – die Grünen – verhindern Problemlösungen, weil sie häufig die ressourcenschonenden Möglichkeiten neuer Techniken bewußt verneinen. Modernste Techniken sind aber die entscheidenden Voraussetzungen für die Bewahrung unserer natürlichen Lebensgrundlagen.

Umweltpolitische Offensive der CDU



Weitersagen !

Für die CDU hat die Bewahrung der Schöpfung einen hohen Stellenwert. In unserem Grundsatzprogramm haben wir dies nicht nur postuliert, sondern auch Wege und Lösungsmöglichkeiten aufgezeigt. Wir werden mit der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft unser Land in eine ökonomisch erfolgreiche und ökologisch verantwortbare Zukunft führen.

In der Umweltpolitik haben wir in der Regierungszeit von Helmut Kohl viel erreicht. Wir können daher offensiv und selbstbewußt in die öffentliche Diskussion gehen – auch zum aktuellen Thema Sommersmog und Ozon.

Wir packen das Übel an der Wurzel – zum Beispiel durch die Reduzierung des Benzolgehaltes im Benzin, durch die ausschließliche Zulassung von Autos mit geregelter Kat ab dem Jahr 2000.

Um die Umweltpolitik noch stärker

zu thematisieren, führen wir in den kommenden Wochen eine Sommerkampagne unter dem Motto „Weitersagen“ durch. Neben der umfangreichen Dokumentation „Unsere Verantwortung für die Schöpfung: Umwelt schützen – Umwelt bewahren“ (UiD 22/1995) bietet die Bundesgeschäftsstelle dazu eine Wandzeitung und Argumentationstips an. Darüber hinaus können Flugblattvorlagen bei uns angefordert werden. An guten Argumenten und Materialien fehlt es somit nicht.

Wir haben allen Anlaß, unsere Politik offensiv zu vertreten. Die kommenden Wochen bieten dazu viele Gesprächsmöglichkeiten – ob im Urlaub oder zu Hause. Ich bitte Sie daher herzlich:

Mitmachen! Weitersagen!

JC
Itans-J. Thue

Weitersagen:

Die CDU-geführte Bundesregierung hat als erste in Europa den 3-Wege-Kat und das bleifreie Benzin durchgesetzt.

CDU

Wir machen weiter voran.

Weitersagen:

Die CDU will, daß bei Sommersmog alle Pferdestärken ohne Kat im Stall bleiben.

CDU

Wir machen weiter voran.

Weitersagen:

Die CDU hat durchgesetzt, daß Deutschland 1994 als weltweit erstes Land aus der Produktion des Ozon-Killers FCKW ausgestiegen ist.

CDU

Wir machen weiter voran.

Nutzen Sie diese Flugblatt-Vorlagen für Ihre Sommerkampagne. Sie können in der Bundesgeschäftsstelle, Hauptabteilung Öffentlichkeitsarbeit, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn (Tel. 02 28 / 5 44-4 77) bestellt werden, lassen sich aber auch von der UID-Vorlage vergrößern.

Die wichtigste Botschaft steht auf der neuen Wandzeitung auf Seite 32 dieser Ausgabe:

„Die CDU will, daß ab dem Jahr 2000 kein Auto ohne Kat mehr zugelassen wird.“

Auch diese Vorlage eignet sich für den Weiterdruck von Flugblättern

5 Argumente zum Weitersagen

1. Einführung des schadstoffarmen Autos vorangetrieben

Blinder Aktionismus hilft bei der Bekämpfung des Sommersmogs nicht weiter. Wichtiger ist es, die Vorläufersubstanzen des Sommersmogs wie Stickoxide und Kohlenwasserstoffe, die vor allem durch den Automobilverkehr erzeugt werden, zu bekämpfen.

Weitersagen:

Die CDU-geführte Bundesregierung hat in der Europäischen Union als erstes Land das schadstoffarme Auto eingeführt. Seit 1985 haben wir mit steuerlichen Anreizen und entsprechenden Verordnungen die Einführung des 3-Wege-Katalysators – der derzeit besten Abgasreinigungstechnik – bei Neuwagen durchgesetzt. Während 1990 nur rund 6 Millionen Katalysatorfahrzeuge in Deutschland fuhren, sind es mit 18 Millionen heute mehr als dreimal

so viel. Darüber hinaus wurden die Abgasnormen für Diesel-Pkw und Lkw seit Mitte der achtziger Jahre kontinuierlich verschärft.

2. Verbesserung der Kraftstoffqualität

Die Kraftstoffqualität trägt besonders zur Umweltbelastung durch den Verkehr bei. Deshalb muß die Kraftstoffqualität weiter kontinuierlich optimiert werden, um die Schadstoffbelastungen zu senken.

Weitersagen:

In keinem Land wurde wie unter der CDU-geführten Bundesregierung in Europa die Kraftstoffqualität in den letzten Jahren verbessert. Mit einem Anteil des bleifreien Benzins von rund 90 Prozent (zum Vergleich: Frankreich ca. 35 Prozent) übertreffen wir alle unseren europäischen Nachbarn bei der Verbesserung der Kraftstoffgü-

Bei Sommersmog lassen wir nur die Kats aus dem Sack.


CDU
Wir machen weiter voran.


Großfläche vor dem Konrad-Adenauer-Haus

te. Genauso wie wir das bleifreie Benzin in Deutschland eingeführt haben, wollen wir außerdem den Benzolgehalt im Benzin, der ebenfalls zur Luftverunreinigung beiträgt, deutlich senken. Die Bundesregierung steht deshalb in einem intensiven Dialog mit der Mineralölwirtschaft. Sollte die Industrie hierzu keine ausreichende Selbstverpflichtungserklärung abgeben, werden wir eine steuerliche Förderung benzolarmen Benzins ähnlich wie bei der Einführung des bleifreien Benzins anstreben. ►

3. EU-weite Verschärfung der Grenzwerte

Schadstoffminderung im Verkehr darf nicht an nationalen Grenzen halt machen. Denn sonst können wir nur Teilerfolge bei der Bekämpfung des Sommersmogs und anderer Luftschadstoffe im Verkehr erzielen.

Weitersagen:

Aufgrund einer Initiative der Bundesregierung werden nach einem 3-Stufen-Plan die europäischen Abgasgrenzwerte für Kraftfahrzeuge weiter verschärft. Dabei wird die 1996 in Kraft tretende 2. Stufe zu einer Halbierung der Emissionen gegenüber der 1. Grenzwertstufe (1992/1993) führen. Eine weitere Verschärfung der Grenzwerte, die gegenwärtig auf europäischer Ebene verhandelt wird, ist dann für das Jahr 1999 vorgesehen.

4. Nutzung moderner Technik zur Verkehrsbeeinflussung statt starrer Tempolimits

Starre Tempolimits, wie SPD und Grüne sie fordern, haben so gut wie keinen Einfluß auf die Bildung des Sommersmogs. Blinder Aktionismus mit spektakulären Maßnahmen, die nur scheinbar Erfolge bringen, sind der falsche Weg zur Bekämpfung des Ozons.

Weitersagen:

Um kurzfristig in Extremsituationen Abhilfe zur Verminderung des Sommersmogs zu schaffen, haben die CDU-geführte Bundesregierung und die Koalitionsfraktion ein Sommersmog-Gesetz verabschiedet. Es sieht bei einer Ozonkonzentration von 250 Mikrogramm pro Kubikmeter Fahrverbote für nicht-schadstoffarme Au-

tos vor. Hierdurch können wir die Ozonbelastung um bis zu 15 Prozent mindern. Außerdem setzen wir auf den Einsatz moderner Techniken zur Verkehrsregelung und Verkehrsbeeinflussung.

Moderne computergesteuerte Verkehrsleitsysteme können sowohl auf Fernstraßen als auch in Städten Staus abbauen und fließenden Verkehr ermöglichen. Hierdurch werden insgesamt Schadstoffspitzen gemindert und wird unnötiger Verkehr vermieden.

5. Ab 2000 nur noch Autos mit KAT zulassen

Trotz all unserer Anstrengungen zur Luftreinhaltung im Verkehr sind über 40 Prozent der gegenwärtig betriebenen Pkw noch nicht mit der modernsten Abgasreinigungstechnik ausgestattet. Deshalb müssen wir weiter entschieden handeln.

Weitersagen:

Das Präsidium der CDU tritt dafür ein, die vollständige Einführung von Pkw mit geregeltem Katalysator zum Jahre 2000 durchzusetzen. Damit wird die nachhaltigste Verminderung der Schadstoffemissionen erreicht. Ein Pkw ohne geregelten Katalysator emittiert das Zehnfache des heutigen Pkw mit geregeltem Katalysator an Schadstoffen. Umwelt- und Verkehrsministerium arbeiten deshalb gegenwärtig intensiv an der Umsetzung dieses Beschlusses.

Die langfristige und dauerhafte Schadstoffminderung im Verkehrsbereich ist ein zentrales Ziel der CDU-Verkehrs- und Umweltpolitik. Mit einem umfassenden Maßnahmenpaket schaffen wir die Grundlagen zur Bekämpfung der Luftverunreinigung und des Sommersmogs.

Umweltverträgliche Mobilität ist unser Ziel

Auf einer gemeinsamen Sitzung mit Generalsekretär Peter Hintze am 10. Juli im Konrad-Adenauer-Haus erklärten die stellvertretende Vorsitzende der CDU, Bundesumweltministerin Angela Merkel, und das Mitglied des Bundesvorstandes der CDU, Bundesverkehrsminister Matthias Wissmann:

Die CDU tritt für eine umweltverträgliche Verkehrspolitik ein. Wir werden neben den investitionspolitischen auch wichtige ordnungspolitische Entscheidungen treffen, um den Umweltschutz im Verkehr zu stärken. Wesentliche Bausteine einer solchen Politik sind:

- EU-weite Umsetzung strenger Abgas- und Lärmgrenzwerte in den 90er Jahren als wirksamste Maßnahme zur Verminderung der Verkehrsemissionen
- Umstellung aller Pkw auf den geregelten Katalysator und auf vergleichbar schadstoffgeminderte Diesel-Pkw ab dem Jahr 2000
- Verlagerung des Verkehrs auf Schiene und Wasserwege, Umweltschutz im Luftverkehr
- Einführung einer emissionsbezogenen Kfz-Steuer
- Einführung des 5-Liter-Autos
- Nutzung moderner Techniken zur Verkehrsregelung und Verkehrsbeeinflussung
- Umweltfreundliche Kraftstoffe und alternative Antriebe.

● Zur Verschärfung der Emissionsgrenzwerte:

Deutschland hat einen Dreistufenplan für die Abgasgesetzgebung in den 90er Jahren

für alle Kfz-Arten (Lkw, Busse, Pkw, Motorräder, Mopeds) vorgelegt und in die Brüsseler Verhandlungen eingebracht. Es besteht in Brüssel Konsens, daß die Grenzwerte in drei Stufen verschärft werden sollen. Bei Pkw, Lkw und Bussen ist Euro I seit 1993 in Kraft und Euro II für 1996 festgelegt. Euro II bedeutet bei Pkw eine Halbierung gegenüber dem heutigen Katalysator. Beim Pkw treten wir hinsichtlich Euro III für eine nochmalige Halbierung der entscheidenden Grenzwerte und besonders für ein frühzeitiges „Anspringen“ des Katalysators ein. Das wird gegenüber einem Pkw ohne Katalysator eine Abgasminderung um 97,5 Prozent bringen. Beim Lkw treten wir bei Euro III für Werte deutlich unter 5,0 g/kWh bei NO und unter 0,1 g/kWh bei Partikeln ein. Dies bedeutet gegenüber dem heutigen Stand eine Halbierung der NO-Emissionen und eine Absenkung der Rußemissionen auf 20 Prozent.

Auch bei den Motorrädern sollte der Katalysator zur Regel werden.

Bei den Geräuschen sollen die weiteren Grenzwertverschärfungen zu einer stärkeren Senkung der tatsächlichen Geräuschemissionen führen. Dazu sind die lautesten Betriebszustände im innerstädtischen Verkehr ebenso wie das Reifen-Fahrbahn-Geräusch zu erfassen.

● Zur Umstellung aller Pkw auf G-Kat

Das Präsidium der CDU hat beschlossen, die vollständige Einführung von Pkw mit geregelter Katalysator zum Jahre 2000 durchzusetzen. Damit wird die nachhaltig-

ste Verminderung der Schadstoffemissionen erreicht. Dies wird dadurch verdeutlicht, daß ein Pkw ohne G-Kat das Zehnfache des heutigen Pkw mit geregelter G-Kat an Schadstoffen emittiert.

Das Umwelt- und das Verkehrsministerium arbeiten zur Zeit an der Umsetzung dieses Beschlusses.

● **Zur Verlagerung des Verkehrs auf Schiene und Wasserwege**

Deutschland muß sich als Transitland Nr. 1 auf einen weiter deutlich wachsenden Verkehr einstellen. Daher müssen wir Leistungsfähigkeit und Attraktivität der umweltfreundlichen Verkehrsträger Eisenbahn und Schifffahrt weiter stärken. Ein entscheidender Schritt in diese Richtung war die Bahnreform. Wir werden den Zugang Dritter zu Schienennetzen erleichtern und daher baldmöglichst den Fahrweg aus der Deutschen Bahn AG ausgliedern. Hiermit werden Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität der Schiene deutlich verbessert.

In einem zusammenwachsenden Europa muß die Küsten- und Seeschifffahrt in das Verkehrssystem integriert werden. Mit unserem Road to Sea-Konzept werden wir z. B. durch die Unterstützung von Pilotprojekten sowie durch ein gezieltes Forschungsprogramm zusammen mit den Küstenländern und der EU die freien Kapazitäten der Küsten- und Seeschifffahrt besser nutzen können.

Einen weiteren Schritt zum umweltverträglichen Güterverkehr haben wir mit der Einführung der Lkw-Gebühr ab 1. Januar getan: Mit den ca. 2.500 DM im Jahr ist aber noch nicht das Ende der Fahnenstange erreicht. Um annähernd kostendeckend zu sein, wollen wir die Lkw-Gebühr für in- und ausländische Schwerlasten ab 1997 erheblich erhöhen. Unser Ziel ist eine Verdreifachung.

Das hohe Wachstum des Luftverkehrs stellt den Umweltschutz vor besondere

Herausforderungen. Wir werden deshalb noch im Sommer ein umfassendes Konzept „Luftverkehr und Umwelt“ gemeinsam vorlegen.

● **Zur Einführung einer emissionsbezogenen Kfz-Steuer**

Wir sind uns sicher, daß wir den Weg, den wir seit 1. April 1994 mit der erstmals in Europa vorgenommenen Einführung einer emissionsorientierten und ökologisch gestaffelten Kfz-Steuer für den Lkw gegangen sind, auch beim Pkw gehen müssen.

● **Zur Einführung des 5-Liter-Autos**

Die Autoindustrie hat sich gegenüber der Bundesregierung selbst verpflichtet, den durchschnittlichen Kraftstoffverbrauch der deutschen Pkw-Flotte gegenüber 1990 insgesamt um 25 Prozent deutlich zu senken. Dies entspricht einer durchschnittlichen Senkung von jährlich 2 Prozent. Der durchschnittliche Verbrauch neuer Pkw und Kombis wird dadurch von heute 7,5 auf 5,9 Liter/100 km sinken. Auf die Einhaltung dieser Zusage werden wir achten.

Die Automobilindustrie wird darüber hinaus diese Selbstverpflichtung mit dem Ziel fortschreiben, ein Reduktionspotential von insgesamt einem Drittel zu realisieren.

Ziel der Bundesregierung bleibt ein durchschnittlicher Verbrauch der in Deutschland verkauften Pkw von 5 Litern. Sie wird dieses Ziel auch auf europäischer Ebene weiterverfolgen.

● **Nutzung moderner Techniken zur Verkehrsregelung und -beeinflussung**

Moderne, computergesteuerte Verkehrsleitsysteme können sowohl auf Fernstraßen als auch in Städten Staus abbauen und fließenden Verkehr ermöglichen. Daher werden wir u. a. das Programm zur

Verkehrsbeeinflussung auf Bundesautobahnen weiterführen und dafür bis Ende 1997 weitere 400 Mio. DM aufwenden. Telematik wird auch bei der Bahn und der Schifffahrt zur besseren Ausnutzung der Kapazitäten Anwendung finden. Mit moderner Logistik kann auch unnötiger Lkw-Verkehr vermieden werden.

Zur Entlastung des innerstädtischen Verkehrs werden wir die Möglichkeiten des Bundes nutzen. Es geht darum, daß der ÖPNV gegenüber dem motorisierten Individualverkehr gestärkt wird. Wir werden auch z. B. Möglichkeiten zur Verbesserung der Rahmenbedingungen von Car-Sharing prüfen.

Wir wollen eine baldige Einigung mit den Bundesländern zur Verordnung und Verwaltungsvorschrift nach § 40 Abs. 2 BImSchG. Diese Regelungen sollen das Startsignal geben für die städtische Planung eines umweltgerechten Innenstadtverkehrs.

● Zu umweltfreundlichen Kraftstoffen und alternativen Antrieben

Wir setzen uns für einen EU-weit umwelt-optimierten Kraftstoff, insbesondere für eine deutliche Reduzierung des Benzolgehalts im Benzin auf 1 Prozent ein. EU-weit ist der Benzolgehalt derzeit auf 5,0 Vol.-Prozent begrenzt; in Deutschland liegt der durchschnittliche Benzolgehalt auf freiwilliger Basis der Mineralölindustrie heute etwa bei 2,1 Vol.-Prozent. Wenn die Mineralölwirtschaft hierzu keine ausreichende Selbstverpflichtungserklärung abgeben wird, werden wir eine steuerliche Förderung des Benzinarmen anstreben.

Alternativer Kraftstoff, wie z. B. Alkohole, Gas oder Wasserstoff, sowie alternative Antriebe, wie Elektromotor, Hybridantrieb oder die Brennstoffzelle, wollen wir weiter verfolgen. Als alternativer Kraftstoff der nächsten Zukunft bietet sich insbesondere die Kombination von Erdgas mit dem

G-Kat an. Gasmotoren zeichnen sich durch extreme Schadstoffarmut, durch Lärmarmut und durch geruchlose Verbrennung aus. Erdgas und Flüssiggas sollen als Kraftstoff in einer fünfjährigen Einführungsphase eine Steuerpräferenz genießen. Die Bundesregierung beabsichtigt, im Jahressteuergesetz 1996 den Steuersatz für Erdgas als Kraftstoff von derzeit 47,60 DM/MWh auf 18,70 DM/MWh herabzusetzen. Damit wird ein Anreiz zur Durchsetzung dieser Technik geschaffen.

● Altautoentsorgung und Produktverantwortung der Automobilindustrie

Auch die Automobilindustrie muß ihrer Produktverantwortung bei der Entsorgung von Altautos gerecht werden.

Dazu ist vor allem erforderlich,

- ▶ Automobile so zu entwickeln, zu konstruieren und zu produzieren, daß möglichst viele Teile wiederverwendet oder verwertet werden können,
- ▶ das zu entsorgende Fahrzeug für den Letztbesitzer kostenlos durch den Hersteller zurückzunehmen.

Ziel ist, die heute vorwiegend auf die Metallteile des Fahrzeugs beschränkte Verwertung auch auf den wachsenden Anteil von Kunststoffen und Elektronikteilen zu erweitern und so die Deponien um die rund 500 000 Tonnen pro Jahr umfassenden Shredderrückstände nachhaltig zu entlasten. Die derzeit bei der Altautoentsorgung anfallende Menge nicht verwertbarer Abfälle in Höhe von ca. 25 Prozent soll schrittweise bis spätestens zum Jahre 2015 auf weniger als 5 Prozent reduziert werden. Darüber hinaus ist es notwendig, den ökologischen Standard der Verwertungsbetriebe zu verbessern.

5 Pluspunkte unserer Umweltpolitik

1. Wachstum umweltverträglich gestalten

Umweltschutz hängt eng zusammen mit der Wirtschaftsordnung: Sozial verpflichtetes Wirtschaften nimmt auch Rücksicht auf die natürlichen Lebensgrundlagen. Deshalb hat die CDU ihr erfolgreiches Konzept der Sozialen Marktwirtschaft um eine ökologische Dimension erweitert: Wir nutzen die Steuerungskräfte des Marktes, um die Eigeninitiative für mehr Umweltschutz zu stärken.

Tatsache ist:

In der Regierungszeit von Bundeskanzler Helmut Kohl konnte ein beträchtliches Wirtschaftswachstum bei gleichzeitiger Entlastung der Umwelt erreicht werden. Heute liegt im Vergleich zu den siebziger Jahren der Ausstoß von Schwefeldioxid um 73 Prozent, von Staub um 66 Prozent und von Kohlenmonoxid um 43 Prozent niedriger, während das Bruttoinlandsprodukt im gleichen Zeitraum real um fast 70 Prozent gewachsen ist.

2. Durch Umweltschutz neue Arbeitsplätze schaffen

Nur mit modernster Technik können wir die Umwelt schützen und unsere natürlichen Lebensgrundlagen bewahren. Kein Land hat so früh wie die Bundesrepublik Deutschland erkannt, daß Umweltschutz zugleich auch neue Chancen und Märkte für deutsche Unternehmen eröffnet.

Tatsache ist:

Unter der CDU-geführten Bundesregierung ist Deutschland in der Umwelttech-

nik mit 20,8 Prozent Anteil am Welthandel und einem jährlichen Ausfuhrwert von 35 Milliarden DM zum Weltmarktführer geworden. Die fortschrittliche Umweltpolitik der CDU schafft also auch neue Arbeitsplätze: Im Umweltschutz sind heute rund 700.000 Menschen beschäftigt.

3. Umweltfreundliche Verkehrsträger weiter stärken

Mit dem Wegfall der Grenzen und mit der fortschreitenden europäischen Integration sind die Verkehrsströme in Deutschland stark angestiegen; aller Voraussicht nach werden sie noch weiter kräftig wachsen. Deshalb muß unser Verkehrssystem insgesamt leistungsfähiger und zugleich umweltfreundlicher werden.

Tatsache ist:

Die CDU-geführte Bundesregierung hat die Rolle der umweltfreundlichen Verkehrsträger Schiene und Wasserstraße erheblich gestärkt. Mit der Bahnreform entsteht eine attraktive Alternative für eine Fülle von privaten und beruflichen Fahrten sowie Gütertransporten, die sonst auf der Straße abgewickelt würden.

4. Den Sommersmog bekämpfen

Hohe Ozonwerte haben im vergangenen Sommer immer wieder Unruhe ausgelöst.

Doch blinder Aktionismus mit spektakulären Maßnahmen, die nur scheinbar Erfolge bringen, ist der falsche Weg zur Bekämpfung des Sommersmogs.

Tatsache ist:

Die Umweltpolitik der CDU zielt schon seit Jahren darauf, den Ausstoß von Stickoxiden und Kohlenwasserstoffen – den sogenannten Vorläufersubstanzen des Sommersmogs – ganzjährig zu vermindern. Das heißt vor allem: PKW mit geringem Schadstoffausstoß, weiter verbesserte Techniken zur Abgasreinigung und die Entwicklung lösemittelarmer Farben und Lacke.

5. Den Müllinfarkt vermeiden

Abfälle sind eine typische Erscheinung von Wohlstandsgesellschaften. Je besser die wirtschaftliche Entwicklung und je größer der private Wohlstand, desto höher wachsen die Abfallberge – vom Hausmüll über den Elektronikschrott bis hin zu Autowracks.

**Auch als Broschüre
in Vermold**

Die „fünf Pluspunkte unserer Umweltpolitik“ sind eine knappe Zusammenfassung der Dokumentation „Unsere Verantwortung für die Schöpfung. Umwelt schützen – Umwelt bewahren“ im grünen Teil der Ausgabe 22/1995 des UiD.

Diese Dokumentation kann inzwischen in unserem **IS-Versandzentrum in Vermold** bestellt werden:

Bestell-Nr. **5095**

Verpackungseinheit: 50 Expl.

Preis pro 50 Expl.: 29,- DM


Tatsache ist:

Gegen den Müllinfarkt hat die CDU-geführte Bundesregierung ein umfassendes Konzept entwickelt. Mit den strengen Rücknahmeverpflichtungen in der Verpackungsverordnung wurde der Anteil der Wiederverwertung erheblich erhöht. Im vergangenen Jahr haben die Deutschen 4,7 Millionen Tonnen Verkaufsverpackungen gesammelt – 67,7 Prozent aller Verkaufsverpackungen aus Haushalt und Kleingewerbe.

**Nur mit einer fortschrittlichen,
marktwirtschaftlich orientierten
Umweltpolitik können wir die
Schöpfung bewahren.
Keine Partei ist dafür
so gut gerüstet wie die CDU.**

CDU-Dokumentation 22/1995

**Unsere
Verantwortung
für die
Schöpfung**

 **Umwelt schützen
Umwelt bewahren**

Mit Vorworten von
Generalsekretär Peter Hintze,
Umweltministerin Angela Merkel,
Verkehrsminister Matthias Wissmann
und dem stellvertretenden Vorsitzenden
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion,
Hans-Peter Repnik

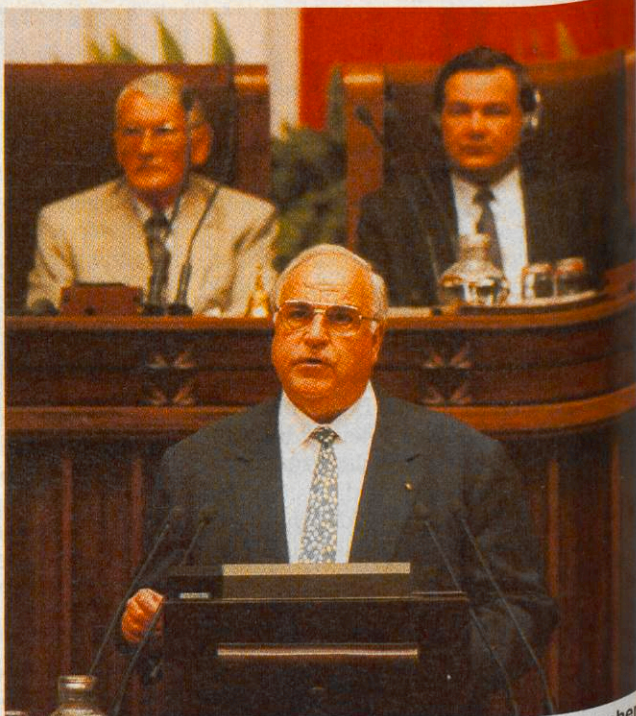
Stand: 10. Juli 1995

Kommentare

Anwalt Polens

Vor sechs Jahren hat Helmut Kohl seinen letzten Besuch in Warschau unterbrochen. Damals fiel die Mauer. Jetzt hat Polen den deutschen Kanzler mit einer Geste geehrt, die noch keinem anderen ausländischen Regierungschef widerfahren ist: er durfte vor beiden Kammern des polnischen Parlaments sprechen. Helmut Kohl hat vor den Abgeordneten betont, Deutschland werde nicht vergessen, daß Polen das erste Opfer des von Hitler begonnenen Angriffskriegs war. Der Kanzler hat das große Ziel des Beitritts zu den westlichen Organisationen beschworen und nüchtern auf die gewaltigen Schwierigkeiten in der Europäischen Union und in Polen selbst hingewiesen, die diesem Ziel entgegenstehen. Er hat sich vor Versprechungen gehütet, die nicht einzuhalten sind. Er hat auch emotionale Töne angeschlagen. Die Integration in die Europäische Union ist mehr als eine Abwägung wirtschaftlicher Interessen. Es sind die gemeinsamen Werte, welche die Mitgliedschaft der Polen zu einem Gebot der Solidarität in Europa machen. Helmut Kohl hat jüngst in den Niederlanden, in Israel gezeigt, welche Bedeutung Personen und Staatsbesuche für das Zusammenleben der Völker haben. In Warschau ist er dem Ruf, ein Anwalt Polens, der Versöhnung und der Rückkehr des Landes nach Europa zu sein, gerecht geworden.

Stuttgarter Zeitung



Bundeskanzler Helmut Kohl spricht als erster ausländischer Regierungschef vor beiden Kammern des polnischen Parlaments.

Foto: dpa

Aufbruchstimmung vermittelt

Kohl hat den Nerv der Polen getroffen. Seine emotionale Rhetorik, sein wiederholt geäußertes Bekenntnis, daß für ihn Europa ohne Polen ein Torso bleibe, sein Wunsch, Polen noch in diesem Jahrzehnt in der Europäischen Union und der NATO zu sehen, das alles hat seine polnischen Zuhörer für ihn eingenommen. Gleichzeitig hat Kohl mit seiner Strategie Erfolg gehabt, die Themen seines Besuchs selbst festzulegen. Kohls wichtigster Punkt war, daß er Aufbruchstimmung in Richtung Europa vermitteln konnte. Er konnte glaubhaft machen, daß es tatsächlich im deutschen Interesse liege, daß Polens Westgrenze nicht weiterhin die Außengrenze der Europäischen Union bildet. Deshalb akzeptieren die polnischen Gesprächs-

partner des Bundeskanzlers seine Ermahnungen. Da fast alle politischen Kräfte Polens, mit Ausnahme der nationalistischen Rechten und von Teilen der Bauernpartei, keine realistische Alternative zum Beitritt in die westlichen Bündnisse sehen, haben sie Kohl als überzeugtem Europäer und Testamentsvollstrecker Adenauers solche Äußerungen nicht übelgenommen. Es wird für ihn darauf ankommen, dieses Vertrauenskapital zu nutzen, das heißt auch, daß er deutsche Behörden und die deutsche Öffentlichkeit darauf vorbereiten muß, die deutsch-polnischen Beziehungen ebenso pfleglich zu behandeln wie die deutsch-französischen.

Hessischer Rundfunk

Wegweisend

... der Aufenthalt in Warschau ist durchaus vergleichbar mit dem Besuch in Israel, wo Versöhnung und Neubeginn ineinander übergangen. Ob der Besuch des deutschen Regierungschefs wegweisend sein wird, hängt nun von der Politik der kleinen Schritte im deutsch-polnischen Verhältnis ab. **Norddeutscher Rundfunk**

Symbol der Verständigung

Der gute Nachbar Kohl scheint es verstanden zu haben, die Ängste der Polen, es könnte über ihre Köpfe hinweg über ihre Zukunft entschieden werden, zu zerstreuen. Er ist zwar ein glaubhafter und entschiedener Befürworter dieses polnischen Wunsches, Mitglied der EU und der Nato zu werden, aber der Kanzler war gut beraten, seinen Gastgebern nicht in Aussicht zu stellen, daß ihre Wünsche schon sehr bald erfüllbar seien. Realismus wirkt überzeugender denn leere Deklarationen und Versprechen, die nicht zu halten sind. Der Applaus für Kohls Auftritt vor dem polnischen Parlament – an sich schon eine außergewöhnliche Ehre – demonstrierte die Wertschätzung für Deutschlands

Bemühen, Europa wieder für das jetzt demokratische Polen zu öffnen. Die Rede vor dem Sejm war zudem ein Symbol der deutsch-polnischen Verständigung. Wenn man heute von bemerkenswert normalen Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern sprechen kann, dann nicht zuletzt, weil wir beide unsere Vergangenheit angenommen haben und als Mahnung verstehen. Es ist noch viel zu tun, aber die gute, freundliche, ja geradezu freundschaftliche Atmosphäre, in der dieser zweite Besuch Kohls stattfindet, berechtigt zu viel Optimismus – auf beiden Seiten.

Bayrischer Rundfunk

In das Gedenkbuch in Birkenau schrieb Bundeskanzler Helmut Kohl:

„Das Leben und das Sterben, der Schmerz und die Tränen dieses Ortes machen uns stumm. Gemeinsames Erinnern, gemeinsame Trauer und unser Wille zum Miteinander – das ist unsere Hoffnung, das ist unser Weg.“

Zeichen für Normalität

Der Besuch des Bundeskanzlers sparte die schmerzvolle deutsch-polnische Geschichte nicht aus, aber ein Hindernis für die Zukunft ist sie auch nicht mehr. Die Zusage Helmut Kohls, Polen auf dem Weg in die Europäische Union und die NATO zu unterstützen, fand Anerkennung. Daß der Kanzler dabei nicht verschwiegen, daß es ein harter Weg werden wird, sieht man hier als neue Offenheit und Zeichen für Normalität in den deutsch-polnischen Beziehungen.

ARD

Bundesinnenminister Kanther: Die deutsche Demokratie ist abwehrbereit

Zur Vorlage des Verfassungsschutz- berichtes 1994 am 6. Juli erklärte Bundesinnenminister Manfred Kanther:

Von zentraler Bedeutung für die Arbeit des Verfassungsschutzes und damit für diesen Verfassungsschutzbericht ist die Entwicklung des Extremismus im Jahr 1994. Meßwerte dafür sind Anhänger und Mitglieder solcher Gruppen, politisch motivierte Straf-, insbesondere Gewalttaten, Ausschreitungen und die Verbreitung extremistischen Gedankengutes über Schriften und Medien.

Der Verfassungsschutzbericht für das Jahr 1994 zeigt insgesamt,

- daß weiterhin extremistische Kräfte unsere freiheitliche demokratische Grund-

ordnung bedrohen und den Rechtsfrieden massiv stören,

- daß es der Bundesregierung mit ihren Sicherheitsbehörden jedoch gelungen ist, durch konsequentes entschlossenes Handeln zusammen mit den Ländern und der Justiz diese Bedrohungen einzudämmen.

Dieser Weg muß konsequent fortgesetzt werden.

Rechtsextremismus

Die Mitgliederverluste im Beobachtungsfeld des organisierten Rechtsextremismus betragen ca. 13 Prozent, in dieser Höhe auch bei den „Republikanern“. Mehr als 20 Prozent hat die „Deutsche Volksunion“ verloren:

	1994	1993
Militante Rechtsextremisten, insbesondere Skinheads	5.400	5.600
organisierte Neonazis	ca. 1.800	1.500
nicht organisierte Neonazis	ca. 1.150	950
„Deutsche Volksunion“ (DVU)	20.000	26.000
„Die Republikaner“ (REP)	20.000	23.000
„Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)	4.500	5.000
„Deutsche Liga für Volk und Heimat“ (DLVH)	900	900
Studenten- und Jugendgruppen	260	700
Sonstige	2.670	1.850
Nach Abzug der Mehrfachmitgliedschaften	56.600	64.500

Weniger Straf- und Gewalttaten

Auch der Rückgang rechtsextremistischer Straftaten und Gewalttätigkeiten hält an. 1994 kam es in diesem Bereich zu keinem Todesfall. Straftaten und Gewalttätigkeiten gingen um 25 Prozent gegenüber 1993 zurück, fremdenfeindliche Untaten um fast 50 Prozent. Auch antisemitische Gewalttätigkeiten gingen zurück, wenngleich die Zahl anderer Gesetzesverletzungen (z. B. Beleidigungen und Schmieraktionen) sprunghaft anstieg. Hier wirkt sich das vermehrte Anzeigenaufkommen durch Sensibilisierung in der Bevölkerung und die zumeist anonyme Mehrfachversendung von Schmähschreiben statistisch aus.

1994 wurden	1993
860 fremdenfeindliche Gewalttaten	1.609
41 antisemitische Gewalttaten	72
95 Gewalttaten gegen politische Gegner	157
493 Gewalttaten gegen andere Personenkreise (wie Behinderte, Obdachlose, Prostituierte, Homosexuelle)	394
verübt, insgesamt also: 1.489	2.232

Rechtsextremistisches Schriftgut

Zahl und Auflage rechtsextremistischer Schriften blieben konstant: 86 Publikationen, die Mehrzahl davon erschien mindestens viermal im Jahr bei einer Gesamtauflage von ca. 6,5 Mio.

Partei „Die Republikaner“

Der Bericht führt aus, daß sich die tatsächlichen Anhaltspunkte verfassungsfeindlicher Bestrebungen im Laufe des Jahres 1994 weiter verdichtet haben und zu einer übereinstimmenden Bewertung von Bund und Ländern dahingehend führen, die Re-

publikaner als „extremistisch“ einzustufen. Das bedeutet nicht, daß jedes Mitglied dieser Partei automatisch als „Extremist“ anzusehen ist. Das wird – nach den vom Bundesverfassungsgericht und vom Bundesverwaltungsgericht vorgegebenen Grundsätzen – in jedem Einzelfall zu prüfen sein. Insbesondere gilt das für die Verfassungstreueprüfungen öffentlich Bediensteter. In der Vorbemerkung des Berichts wird darauf ausdrücklich hingewiesen.

Erfolgreiche Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Gewalt

Ausschlaggebend für den Rückgang des Rechtsextremismus ist die deutlich ge-

zeigte Abscheu in der Bevölkerung gegen dieses Gedankengut und das breite Bündel staatlicher Abwehrmaßnahmen, das gegriffen hat: Intensive Informations- und Aufklärungsarbeit, Vereins- und Versammlungsverbote, polizeiliche Exekutivmaßnahmen, konsequente Strafverfolgung.

Als Problemfelder bleiben der Zulauf in kleinen Neonazigruppen, soweit diese kurzlebig sind und ohne feste Struktur agieren. Der Gefahr einer Bildung von Neonazi-Kleingruppen, mit denen diese Verbote und anderen staatlichen Maßnahmen ausweichen wollen, muß weiterhin intensiv entgegengewirkt werden. Hier zeichnen sich ähnliche Verhaltensweisen

wie Anfang der 80er Jahre ab; heute haben diese Personenkreise jedoch durch moderne Kommunikationsmittel bessere Kontaktmöglichkeiten als früher. Infotelefone und Mailboxen sollen Mängel der fehlenden Organisiertheit überbrücken. Die intensive Nutzung dieser Medien zeigt, wie sehr die Szene darauf angewiesen ist.

Die Sicherheitsbehörden sind gehalten, alles zu unternehmen, um Vorfälle wie den Lübecker Synagogenanschlag im März 1994 – dessen Wiederholung im Mai dieses Jahres Entsetzen ausgelöst hat – oder die Magdeburger Ausschreitungen zu Christi Himmelfahrt im Vorfeld abzublocken. Daß das gelingen kann, haben die Polizeimaßnahmen im Vorfeld der geplanten Heß-Gedächtnis-Aktionen im Sommer und des geplanten Stuttgarter Kameradschaftstreffens im November 1994 sowie der Großeinsatz am 25. März dieses Jahres in Thüringen gegen die Skinheads und Neonazis gezeigt.

Die Eindämmung der Einfuhr rechtsextremistischen Propagandamaterials kann wirksam nur in enger Zusammenarbeit mit den Ländern erreicht werden, in denen das Herstellen und Verbreiten solchen Gedankengutes nicht strafbar ist. Das Unterbinden an der Quelle muß erreicht werden. Dazu bedarf es gesetzgeberischer Anstrengungen in den Vereinigten Staaten, Kanada und den meisten EG-Ländern, mehr und mehr auch in einigen Nachbarländern in Osteuropa, in die ausgewichen wird. Die bundesweiten Exekutivmaßnahmen am 23. März d. J. gegen Bezieher von Neonazi-Propagandamaterial aus den USA haben gezeigt, welch aufwendige Vorbereitungsmaßnahmen notwendig sind und wie schwierig es trotzdem ist, hier gegen die einzelnen Endabnehmer und Kleinverteiler vorzugehen.

Die Auslieferungsentscheidung Dänemarks gegen einen der Hauptlieferanten des Propagandamaterials, Lauck, ist sehr zu begrüßen.

Notwendigkeit weiterer Intensivierung der Bekämpfung des Rechtsextremismus

Die gegen den Rechtsextremismus eingeleiteten präventiven und repressiven Maßnahmen müssen konsequent fortgesetzt werden:

- Wirksame Überwachung der Organisationsverbote, insbesondere der im Februar verbotenen „Nationalen Liste“ und „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ (FAP).
- Unterbindung der informationellen Vernetzung.
- Einschreiten gegen „Revisionismus“-Kampagnen:

Aufzuklären sind weiterhin antisemitische Bestrebungen, vor allem die Hintergründe von Gewalttätigkeiten und sonstigen Gesetzesverletzungen mit antisemitischer Zielrichtung, ebenso wie die Beobachtung und Bekämpfung der seit Jahren von Rechtsextremisten forcierten „Revisionismus“-Kampagne (also die Leugnung oder Verharmlosung der Untaten des Dritten Reiches).

- Fortführung der konsequenten Strafverfolgungsmaßnahmen:

Fortgesetzt werden muß auch eine möglichst lückenlose Beschlagnahme volksverhetzender und neonazistischer Schriften, wie Fanzine und rassistischer Liedtexte.

- Eindämmung der Einfuhr rechtsextremistischen Propagandamaterials.
- Absage der Wähler an Extremismus.

Die Ausgänge der Wahlen im vergangenen Jahr zeigen, daß es keine Wählerakzeptanz für „Republikaner“, DVU und NPD gibt.

Linksextremismus

Die linksextremistische Szene hat sich auch 1994 nicht wesentlich verändert. Sie

ist eine schlimme Bedrohung für die Innere Sicherheit.

Terrorszene

Nach Spaltungen innerhalb der RAF zeigte die „Antiimperialistische Zelle“ terroristische Aktivitäten. Die Neuorientierung der RAF hat im linksextremistischen Bereich zur Bildung terroristischer Strukturen geführt, die an der Fortsetzung „bewaffneter Aktionen“ festhalten. Der AIZ sind z. B. die 1994 auf eine CDU-Geschäftsstelle in Düsseldorf und auf den F.D.P.-Landesverband in Bremen durchgeführten Sprengstoffanschläge zuzurechnen. Mit ihren Sprengstoffanschlägen 1995 auf das Haus des ehemaligen Staatssekretärs im BMZ Dr. Köhler und auf das Haus des CDU-Abgeordneten Prof. Dr. Blank hat die AIZ gezeigt, daß sie offensichtlich auf Morde abzielt und dabei die Tötung auch unbeteiligter Personen in Kauf nimmt.

Autonome/anarchistische Gewaltszene

Der deutliche Rückgang linksextremistisch motivierter Straf- und Gewalttaten gegenüber 1994 bedeutet nicht, daß sich die Szene friedlicher Mittel bedienen will. Die Polit-Randalen zum 1. Mai in Berlin oder im Umfeld der Castor-Transport-Gegner haben das wieder verdeutlicht. Der Zulauf zu militanten Gruppen hält an. Bezugsthemen militanter Aktionen sind weiterhin der „Antifaschismus“ (damit sind alle politischen Gegner gemeint), „Antirassismus“, „Umstrukturierung“, „Dritte Welt-Politik, Gentechnologie, Antiimperialismus, Antiatomtransporte, Ausländerpolitik und Kurden-Problematik, Ausrüstungshilfe für die Türkei und die Zerstörung von „Nobel-Karossen“.

Insgesamt ging auf das Konto dieser gewalttätigen Gruppen 1994 die Mehrzahl

der 656 linksextremistischen Gewalttaten. Die bisherigen Feststellungen für 1995 lassen keinen weiteren Rückgang erwarten.

„Antifaschistische“ Militanz, Links gegen Rechts

Ein ganz erheblicher Teil linksextremistisch motivierter Gewalttaten ist dem sog. „antifaschistischen Kampf“ zuzurechnen, gerichtet gegen Rechtsextremisten oder vermeintliche Rechtsextremisten, aber auch gegen den Staat, dem eine Unterstützung „faschistischer Kräfte“ unterstellt wird. Mit Gewalt wird versucht, Andersdenkende einzuschüchtern. Die Zahl solcher militanter Aktionen gegen „Rechte“ ist mit etwas über 200, darunter über 40 Fälle mit Körperverletzungen und fast 30 Brand- und Sprengstoffanschläge, gegenüber dem Vorjahr stark gesunken (ca. 45 Prozent); die Entwicklung korrespondiert mit dem starken Rückgang der von Rechtsextremisten verübten Gewalttaten.

Bei Aktionen mit linksextremistischem Hintergrund wurden fast 300 Polizeibeamte verletzt (1993: etwa 250).

Marxisten-Leninisten

Revolutionäre Marxisten und orthodoxe Kommunisten treiben ihr Unwesen in den alten wie in den neuen Ländern. Die DKP und ihr verbliebener Bündnisapparat versuchen, trotz Mitgliederschwund (Ende 1994: weniger als 6.000 Mitglieder) und Überalterung weiterhin die Lehren des Kommunismus zu propagieren und diffamieren unseren Staat als faschistisch.

Die SED-Nachfolgepartei PDS kooperiert weiterhin ungeniert mit aktiven Linksextremisten, stützt sich auf eine „Kommunistische Plattform“ von bis zu 5.000 Mitgliedern und bietet auch „autonomen“ und anarchistischen Kräften Raum, die als extremistisch einzuschätzen sind. Der Partei-

tag der PDS im Januar 1995 bekräftigte diese Strömungen. Es wurden ernstlich Diskussionen über den Ausschluß von Antikommunisten geführt. Informationen insbesondere über die extremistischen Teilgruppen in der PDS werden deshalb künftig auch vom Bundesamt für Verfassungsschutz – wie schon von einigen Landesämtern – gezielt gesammelt und ausgewertet. Wünschenswert ist, daß alle Länder entsprechend handeln.

Potential des Linksextremismus

Insgesamt haben wir es im Bereich des organisierten Linksextremismus mit ca. 33.700 Mitgliedern in Kern- und Nebenorganisationen sowie weiteren fast 12.000 Personen in linksextremistisch beeinflussten Gruppen zu tun. Die Anhänger weiterer linksextremistischer Strömungen neben der „Kommunistischen Plattform“ in der PDS kommen hinzu. Anarchisten und Sozialrevolutionäre sind 6.700 Personen, mehr als 5.000 davon gewaltbereite Autonome, die zudem in der Lage sind, die mehreren tausend Szenezugehörigen für ihre militanten Aktionen zu mobilisieren.

Ausländerextremismus

Die Zahl ausländischer Extremisten stieg nach Jahren des Rückgangs 1994 auf 47.050 (1993: 38.950). Zugleich verstärkte sich der Trend hin zu den islamisch-extremistischen Gruppierungen, die ihren Mitgliederbestand auf 26.380 (1993: 21.200) erhöhten; linksextremistische Gruppierungen verzeichneten einen Zuwachs auf 15.060 Anhänger (1993: 13.550); das Potential extrem nationalistischer Gruppierungen nahm auf 5.610 (1993: 4.200) zu.

Fünf Menschen wurden 1994 Opfer ausländerextremistischer Gewaltaktionen. Vier Tötungsversuche gab es bereits 1995.

Hinter der Zahl von insgesamt 262 Gewalttaten im Jahr 1994 (1993: 195) verborgen sich u. a. 15 versuchte Tötungsdelikte und 56 Brandanschläge. Die Gesamtzahl der diesem Bereich zuzuordnenden Gesetzesverletzungen stieg von 316 (1993) auf 533 (1994) an.

Diese Angaben wären unvollständig ohne den Hinweis auf die erhebliche Dunkelziffer, von der im Bereich der Spendengeld-erpressung auszugehen ist.

Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)

Einen herausragenden Schwerpunkt bilden unverändert die Aktivitäten der linksextremistischen, in Teilen linksterroristischen PKK.

Das am 26. 11. 1993 über diese Organisation und das sie umgebende Geflecht von Vereinigungen verhängte Verbot hat das Bundesverwaltungsgericht inzwischen in wesentlichen Teilen bestätigt, denn „kein Staat könne es sich gefallen lassen, daß gewalttätige Auseinandersetzungen von Ausländern auf seinem Territorium ausge tragen werden“.

Daß die PKK sich diesem Verbot nicht widerspruchslos beugen würde, war zu erwarten. Auf die Versuche einer Umgehung durch Nachfolge- und Ersatzorganisationen habe ich deshalb am 2. 3. 1995 zunächst mit dem Verbot des Kurdistan Informationsbüros geantwortet.

Diesem Verbot kommt damit eine über den Einzelfall hinausgehende Warnfunktion zu.

Das Klima, in dem sich die PKK bewegt, ist weiterhin von extremer Gewaltbereitschaft geprägt. Dies zeigen auch die zahlreichen Brandanschläge auf türkische Einrichtungen bis hin zu Moscheen in den vergangenen Wochen, die vielfach die Handschrift der PKK tragen. Hierdurch soll in provokativer Weise versucht werden, friedliches Zusammenleben zu stören.

und auf deutschem Boden Stellvertreterkriege zu führen.

Die türkischen Mitbürger in Deutschland haben Anspruch auf Schutz vor solchen Angriffen. Polizei und Justiz müssen gegen diesen PKK-Terror genauso konsequent und entschieden vorgehen, wie dies der Fall ist, wenn die Gewalttätigkeiten gegen die türkische Bevölkerung in Deutschland von Skins und Neonazis ausgehen.

Eine konsequente strafrechtliche Ahndung und die Abschiebung der Gewalttäter sind deshalb unverzichtbar.

In diesem Kontext erweisen sich auch die Organisationsverbote gegen die PKK als ebenso richtig wie unverzichtbar.

- Das PKK-Verbot hat die Zugriffsmöglichkeiten für die Polizei erheblich erweitert.
 - Die Infrastruktur der PKK-Vereine ist durch die Beschlagnahme von Vereinsvermögen nicht unwesentlich gestört.
 - Das PKK-Verbot macht die einschlägigen Publikationen zu verbotenen Publikationen. Ihre Beschlagnahme entzieht den Vereinen damit zugleich eine wesentliche Finanzierungsquelle.
 - Die PKK hat – und dies ist angesichts ihrer extrem öffentlichkeitsbezogenen Tätigkeit von besonderer Bedeutung – aufgrund des Verbots zunehmend Schwierigkeiten, für Großveranstaltungen Hallen anzumieten.
- Mit Aufmerksamkeit beobachten wir sich entwickelnde Formen einer Zusammenarbeit zwischen der PKK und dem deutschen Linksextremismus:
- Die bereits erwähnten Antiimperialistischen Zellen (AIZ) greifen in ihren Erklärungen den sog. kurdischen Befreiungskampf auf.
 - Die PDS veranstaltet gemeinsame Tagungen mit PKK-Organisationen, ihre Funktionäre treten als „Strohänner“

bei der Anmeldung von PKK-Veranstaltungen auf.

In Deutschland leben annähernd 500.000 Kurden, die in ihrer großen Mehrzahl mit den extremistischen und gewalttätigen Aktivitäten der PKK nichts zu schaffen haben. Mit aller Dringlichkeit appelliere ich an die Kurden, ihrerseits öffentlich zur PKK auf Distanz zu gehen und mit den deutschen Sicherheitsbehörden zusammenzuarbeiten.

Islamischer Extremismus

Der islamische Extremismus (Islamismus) hat zu einer Schwerpunktverlagerung innerhalb des Ausländerextremismus geführt, die in ihren Dimensionen und Folgewirkungen bisher nicht absehbar ist.

Zunächst ist – dies muß angesichts einer vielfach undifferenzierten öffentlichen Auseinandersetzung mit dem Thema ausdrücklich hervorgehoben werden – Konfliktpartei nicht etwa der Islam als eine der großen Weltreligionen.

Gegenstand der Beobachtung ist vielmehr der Islamismus als politisch-extremistische Kraft. Er instrumentalisiert die islamische Religion für politische Zwecke und setzt die Religion als Herrschaftsmittel ein, um Machtansprüche zu begründen.

Ausgehend von einem Absolutheits- und Totalitätsanspruch des Koran lehnen Islamisten westliche Wertvorstellungen rundweg ab, soweit sie nicht deren Glaubensvorstellungen entsprechen.

Das Phänomen hat besonders durch die Präsenz der algerischen „Islamischen Heilsfront“ (FIS) in Deutschland eine für die Innere Sicherheit erhebliche Bedeutung erlangt: Es gibt Hinweise, daß in Deutschland lebende FIS-Angehörige über die politisch-propagandistischen Aktivitäten hinaus mit der Verbringung von Waffen und anderem bürgerkriegstauglichen Material nach Algerien befaßt sind.

Russische Nachrichtendienste

Erkenntnisse des Verfassungsschutzes ebenso wie öffentliche Äußerungen von Vertretern russischer Nachrichtendienste haben gezeigt, daß sowohl der zivile wie der militärische Nachrichtendienst Rußlands aktiv sind und auch weiterhin Spionage betreiben. Auslandsniederlassungen und gemischte Firmen bilden ein weiteres Standbein der Nachrichtendienste. Ihre Methoden sind weniger aggressiv, lautloser, aber damit keineswegs leichter aufklärbar geworden.

Nachrichtendienste von Staaten des Nahen Ostens

Zu den klassischen Bereichen der Spionageabwehr sind in letzter Zeit neue Schwerpunkte hinzugekommen. Besondere Aufmerksamkeit erfordern die Aktivitäten der Nachrichtendienste aus Staaten des Nahen und Mittleren Ostens, da sich diese Dienste in der Bundesrepublik Deutschland intensiv um die Beschaffung politischer, wirtschaftlicher und militärischer Informationen bemühen. Eine immer wichtiger werdende Aufgabe stellt die Aufklärung des nachrichtendienstlich gesteuerten illegalen Technologietransfers dar.

Spionagebekämpfung

Methoden der Spionagebekämpfung sind – wenn sie wirksam sein sollen – sicher nicht für eine öffentliche Erörterung geeignet. Nur so viel lassen Sie mich sagen: Die Aufarbeitung der Agententätigkeit der ehemaligen DDR-Dienste dient auch dazu, russischen Nachrichtendiensten aus der früheren Zusammenarbeit mit dem MfS bekannte Anlaufstellen zu nehmen. Der Generalbundesanwalt hat 1994 über 1.200 Ermittlungsverfahren eingeleitet (1993: über 1.500).

Die beste und wirksamste Prävention gegen Wirtschaftsspionage bildet die Sensibilisierung unserer Wirtschaft. Ihr entsteht der größte Schaden, wenn sie sich nicht gegen illegale Ausforschungen hinreichend schützt.

Politisch ist die Mahnung unerläßlich, daß Spionage von Ländern, die in ihrem Aufbau von Deutschland erheblich unterstützt werden, einen unfreundlichen Akt darstellt.

Zusammenfassung

Insgesamt gilt: Kontinuierliche und systematische Sammlung und Auswertung von Informationen in Bund und Ländern sind die Grundlage einer effektiven Bekämpfung von Extremismus und Spionage. Den Mitarbeitern der Verfassungsschutzbehörden gebühren Dank und Anerkennung. Die Erhaltung des demokratischen Rechtsstaates kann aber nicht allein von staatlichen Behörden geleistet werden. Sie ist Aufgabe aller Bürger. Deren Bereitschaft, sich mit unserer Verfassungsordnung zu identifizieren und an ihrer Bewahrung aktiv mitzuwirken und Gegnern der freiheitlichen Demokratie entschlossen entgegenzutreten, ist der beste und wirksamste Verfassungsschutz. Jeder Bürger soll in die Lage versetzt werden, sich selbst ein Urteil über Strömungen zu bilden, die unseren Rechtsstaat gefährden. Dazu findet er in diesem Bericht einen Überblick über die wichtigsten extremistischen Strömungen. Er ist als Orientierungshilfe für die geistig-politische Auseinandersetzung gedacht.

Geistig-politische Auseinandersetzung

Die 1993 unter dem Logo „Fairständnis“ begonnene Aufklärungskampagne gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit als gemeinsame Aktion des Bun-

des und der Länder wird fortgesetzt. In Form von Postern und Anzeigen in Jugendzeitschriften, Schulmaterialien und über ein Computerspiel sollen insbesondere junge Leute über Irrwege des Rechtsextremismus und der Fremdenfeindlichkeit weiterhin aufgeklärt werden und müssen jene Werte vermittelt werden, die an die Stelle von Haß Toleranz und an die Stelle von Gewalt Kreativität und eigene Leistungsbereitschaft setzen.

Exekutive stärken

Unbelehrbare Agitation und Gewalt müssen konsequent verboten und strafrechtlich verfolgt werden. Damit die Sicherheitsbehörden und die Justiz schnell und schlagkräftig handeln können, sind Verfassungsschutzbehörden, Polizeibehörden und Staatsanwaltschaften durch Einrichtung von Sonderdezernaten und Personalverstärkung in Schwerpunktbereichen verstärkt worden. Die auf Anregung des Bundesinnenministers eingerichtete Bund/Länder-Informationsgruppe von Verfassungsschutz, Polizei und Staatsanwaltschaften zur Beobachtung und Bekämpfung rechtsextremistischer/terroristischer (insbesondere fremdenfeindlicher) Gewaltakte hat bereits mehrere erfolgreiche bundesweite Exekutivmaßnahmen gegen Skinheadbands und Musikverlage sowie gegen Hersteller und Vertreiber rechtsextremistischer Druckschriften initiiert, zuletzt im März gegen Schriften, Flugblätter und Aufkleber aus den USA. Gegen ausländische extremistische Ge-
schlossen angewendet werden.

Gesetzgebung

Wo sich Defizite im notwendigen gesetzlichen Instrumentarium zeigen, müssen solche Lücken geschlossen werden, dies ist mit dem Verbrechensbekämpfungsgesetz

zum 1. Dezember 1994 weitreichend geschehen. Ich erinnere an

- die Erweiterung der Strafbarkeit für die Verbreitung verbotener Propagandamittel in § 86 StGB;
- die Ergänzung des § 86 a StGB um die Strafbarkeit von Kennzeichen, die nationalsozialistischen Symbolen ähnlich sind;
- die Ausweitung des Volksverhetzungstatbestandes in § 130 StGB;
- die Möglichkeit der Nutzung der Aufklärung des Fernmeldeverkehrs mit dem Ausland durch den Bundesnachrichtendienst, um u. a. die Gefahr terroristischer Aktionen aus dem Ausland heraus besser erkennen zu können;
- die Erleichterung der Voraussetzungen für ein Verbot verfassungswidriger Vereinigungen, insbesondere wenn sie konspirativ vorgehen;
- die Einführung eines politischen Betätigungsverbots gegenüber bestimmten Vereinigungen.

Die Demokratie in Deutschland ist abwehrbereit. Wir werden die Erkenntnisse des Verfassungsschutzes, die in diesem Bericht niedergelegt sind, wahrnehmen und nutzen. Auch in Zukunft haben Verfassungsfeinde keine Chance, die freiheitliche demokratische Grundordnung Deutschlands zu gefährden. ■

Asylbewerberzahlen im Juni 1995

Beim Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge haben im Juni 1995 9.130 Personen (Vormonat 9.396 Personen) Asyl beantragt. Damit ist die Zahl der Asylbewerber gegenüber dem Vormonat wieder leicht gesunken (um 266 Personen = 2,8 Prozent) und entspricht etwa der Zahl der Asylbewerber im Vergleichsmonat des Vorjahres (Juni 1994: 8.904).

Verfassungsschutzbericht stellt fest:

PDS will die demokratische Grundordnung überwinden

Zur Veröffentlichung des Verfassungsschutzberichtes 1994 durch Bundesinnenminister Kanther erklärte der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Erwin Marschewski:

Die Innere Sicherheit in Deutschland ist nach wie vor massiv nicht nur durch Spionage, sondern vielmehr durch politisch motivierte Gewalt aus allen Spektren des Extremismus – von links, von rechts und mit steigender Tendenz von Ausländern – bedroht.

Auch im vergangenen Jahr wurden wiederum 6.700 Linksterroristen und gewaltbereite Linksextremisten gezählt. Besondere Beachtung verdient die Antiimperialistische Zelle (AIZ), ein Zusammenschluß von Anhängern früherer RAF-Konzeptionen, die die Reihe ihrer schweren Straftaten fortsetzten – auch in diesem Jahr durch einen versuchten Mordanschlag auf unseren Fraktionskollegen Prof. Dr. Blank.

Erfreulich ist allerdings, daß nicht zuletzt auch durch die konsequente Arbeit der Sicherheitsbehörden die Zahl der Gewalttaten mit linksextremistischem Hintergrund deutlich abnahm – von 1.020 im Jahr 1993 auf 656 im vergangenen Jahr.

Ähnlich erfreulich ist der weitere Rückgang der Zahl der Mitglieder der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) auf noch ca. 124.000 am Ende des vergangenen Jahres (Ende 1992: 147.000). Über diese Partei, die in Sachsen-Anhalt eine rot-grüne Koalition stützt, läßt der Bericht

keinen Zweifel, daß politische Praxis und programmatische Entwicklung unübersehbare Anhaltspunkte dafür bieten, daß sie die freiheitlich demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland „nicht akzeptieren, sondern überwinden will“.

Besondere Beachtung schenkt der Bericht wiederum den rechtsextremistischen Bestrebungen. Mit dem leichten Rückgang der Zahl der militanten Rechtsextremisten von 5.600 auf 5.400 korrespondiert ein Rückgang der Gewalttaten mit rechtsextremistischem Hintergrund auf 1.489 (1993: 2.232). Diese Zahlen belegen nicht nur Erfolge der vielfältigen staatlichen Maßnahmen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus, sondern auch die Notwendigkeit dieser Maßnahmen. Um so unverständlicher sind die Forderungen der GRÜNEN zur öffentlichen Sicherheit, nämlich die zur Auflösung des Verfassungsschutzes in Bund und Ländern. In diese Falle darf unsere abwehrbereite Demokratie nicht tappen.

Klarheit schafft der Bericht zur Partei „Die Republikaner“. Seine Feststellung, daß sich die Anhaltspunkte für rechtsextremistische Bestrebungen in dieser Partei im vergangenen Jahr verdichtet haben, ist geeignet, zu einem weiteren Mitgliedschwund beizutragen. Denn: Nicht hinsichtlich aller noch rund 20.000 Mitglieder der Republikaner kann davon ausgegangen werden, daß sie rechtsextremistische Ziele verfolgen oder unterstützen.

Über den dargestellten Extremismus von links und rechts darf der Konfliktimport durch Ausländer, die ihre heimischen Auseinandersetzungen auf unserem Boden bis hin zu Sprengstoff- und Mordanschlägen austragen, nicht vernachlässigt werden. Dies gilt um so mehr als 1994 erstmals wieder ein Anstieg der Mitglieder- bzw. Anhängerzahlen im Bereich des Ausländerextremismus zu verzeichnen war. Nach Schätzungen der Verfassungsschutzbehörden waren Ende 1994 47.050 Personen (1993: 38.950) Anhänger bzw. Mitglieder extremistischer oder erheblich extremistisch beeinflusster Organisationen; 8.300 von ihnen waren Anhänger verbotener Organisationen aus dem kurdischen und türkischen Beobachtungsfeld.

Der neue Verfassungsschutzbericht belegt einmal mehr die Bedeutung der Arbeit der Verfassungsschutzämter zum Schutz unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung. Die Demokratie muß, wie die Weimarer Zeit lehrt, abwehrbereit sein. Sie muß deutlich machen, wo ihre Gegner sitzen. Die Öffentlichkeit hat einen Anspruch darauf zu erfahren, wer die von ihr gewählte Ordnung bedroht, um ihr Verhalten entsprechend einrichten zu können. Die jährliche Veröffentlichung des Verfassungsschutzberichtes gehört deshalb zu den vorrangigen Maßnahmen bei der Extremismusbekämpfung. Deshalb dürfen die Verfassungsschutzämter nicht grüner Ideologie geopfert werden.

Aus der Bildungsarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung

In Mittel-, Ost- und Südosteuropa boomt das Interesse am Erlernen der deutschen Sprache. In Deutschland sind Sondereinsätze gestartet worden, um dieser Nachfrage zu entsprechen.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung und die Deutsche Welle stellen sich den in diesem Zusammenhang wichtigen Fragen – z. B. während einer Kooperationsveranstaltung in Schloß Eichholz bei Bonn.

Thema/Termin:

Veranstaltung Nr. 235

Deutsche Sprache in Mittel- und Osteuropa

Fachtagung

7. und 8. September 1995

Hauptthemen:

- Deutsche Sprache in Mittel- und Osteuropa – Verbreitung, bestehende Nachfrage, aktuelle Sprachenkonkurrenz, politische Folgerungen

- Die Deutsche Welle, ein globales Klassenzimmer

- Programme und Initiativen zur Förderung der deutschen Sprache in Mittel- und Osteuropa – Ein Überblick unter besonderer Berücksichtigung der Arbeit des Goethe-Instituts

- Sprachenpolitik und Sprachenförderung konkret – Was gut ist an der Förderung deutscher Sprache in Mittel- und Osteuropa, was geändert werden sollte, was aufgegriffen werden mußte.

Anmeldungen und weitere Informationen:

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Bildungszentrum
Schloß Eichholz
Postfach 1331
50387 Wesseling
Fax: 0 22 36 / 707-2 30.

Kommentar

PDS im Visier

Der Verfassungsschutz beschränkt sich nicht länger auf die Prüfung der Aktivitäten der PDS. Er beobachtet jetzt gezielt „insbesondere“, wie es in der Erklärung von Bundesinnenminister Kanther heißt, extremistische Teilgruppen der SED-Nachfolgeorganisation. Für die Praxis bedeutet dies: Es werden nicht nur sporadisch, sondern kontinuierlich Schriften und Aktivitäten ausgewertet. Abzuwarten bleibt, ob irgendwann auch nachrichtendienstliche Mittel eingesetzt werden müssen, denn die Entwicklung der Partei stimmt äußerst bedenklich. Fünf Jahre nach der Umbenennung der alten SED von „Sozialistischer Einheitspartei Deutschlands“ in „Partei des Demokratischen Sozialismus“ dominiert weiter die Ideologie von Marx und Engels, gilt die Parlamentarische Demokratie nach wie vor als Übergangsstadium.

Politische Praxis und programmatische Entwicklung bieten nach dem Verfassungsschutzbericht „unübersehbare Anhaltspunkte“ dafür, daß die Partei die demokratische Grundordnung nicht

akzeptieren, sondern überwinden will. Und hier wird schon nicht mehr zwischen den schon lange kritisch beobachteten Unterorganisationen – wie der Kommunistischen Plattform oder der AG Junge Genossinnen – und der gesamten PDS unterschieden. Eine Partei, die in Bundestag und Landesparlamenten Anerkennung findet, muß sich allerdings in ihrer Gesamtheit auf dem Boden der demokratischen Grundordnung bewegen. Tut sie das nicht, führt sie einen großen Teil ihrer Wähler in die Irre, die durch Programme angezogen werden, die dem Augenschein nach dem Gemeinwohl dienen, allerdings zu meist nicht zu erproben sind.

Nur neue Schläuche

Alle demokratischen Kräfte werden besonders in den östlichen Bundesländern stärker darauf hinweisen müssen, daß mit der PDS alter Wein in neuen Schläuchen angeboten wird, daß extremistische Politik ein funktionierendes Gemeinwesen aus den Angeln heben kann. Das gilt vor allem für die SPD, die zumindest in Sachsen-Anhalt maßgeblich dazu beigetragen hat, die PDS hoffähig zu machen.

Die Welt

MIT: Fusion in Nordrhein-Westfalen vollzogen

Die nordrhein-westfälische Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU hat Anfang Juli in Neuss nach den Beschlüssen des Bundeskongresses der MIT der CDU/CSU in Hannover die Fusion vollzogen. Satzungs- und Übergangsregelungen wurden von den 371 anwesenden Dele-

gierten einstimmig verabschiedet. Dem Vorsitzenden, Hartmut Schauer, und den übrigen Vorstandsmitgliedern sowie den dazugewählten Mitgliedern aus der alten Wirtschaftsvereinigung wurde für weitere zwei Jahre einstimmig das Vertrauen ausgesprochen.

Die schützende Wirkung der Rechtsordnung bewahren

„Wir christlich-demokratischen Juristen werden mit aller Kraft daran arbeiten, das Rechtsbewußtsein in der Bevölkerung zu stützen und zu stärken.“ Dies erklärte der Vorsitzende des Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ), Minister a. D. Herbert Helmrich MdL, im Anschluß an eine Tagung der rechtspolitischen Sprecher der CDU und CSU-Landtagsfraktionen und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie der Landesjustizminister Steffen Heitmann, Hermann Leeb und Thomas Schäuble.

Sie bewerteten den gegenseitigen Informationsaustausch für ihre jeweilige Arbeit in den Landtagen und im Bundestag als ausgesprochen nützlich und für die Zukunft als unverzichtbar. Helmrich: „Die Konferenz der rechtspolitischen Sprecher der CDU und CSU-Landtagsfraktionen soll zu einer Dauereinrichtung werden.“ Es sei in Teilen unserer Gesellschaft eine zunehmende Tendenz festzustellen, daß die Rechtsordnung nicht mehr als objekti-

desrat eingebrachten Antrag, der mit den Stimmen der CDU und CSU verhindert werden konnte. Durch diesen sollte der Strafrechtsschutz in beispielloser Weise aufgeweicht werden, indem Freiheitsstrafen von bis zu drei Jahren zur Bewährung hätten ausgesetzt werden können.

Gegen Verharmlosung

Die rechtspolitischen Sprecher von CDU und CSU waren sich einig in der Frage der Behandlung der – oft verharmlosend als „Bagatelldelikte“ bezeichneten – Massenkriminalität, die eine Förderung von Einstiegs kriminalität bewirken könne. CDU und CSU widersetzten sich nachdrücklich allen Ansätzen einer Entkriminalisierung. Die von manchen SPD-Politikern geforderte Strafflosstellung von Beförderungser schleichung und Ladendiebstahl, die nach jüngsten Statistiken über 10 Prozent aller registrierten Straftaten ausmachen, bedeutete eine Kapitulation der in Rechtsdurchsetzung vor zunehmender Kriminalität zu Lasten der Allgemeinheit.

Leider würde auch, so führte der BACDJ-Vorsitzende aus, die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur Verunsicherung in der Bevölkerung beitragen.

Ein Großteil der Bevölkerung erwarte, daß den beschriebenen Tendenzen Einhalt geboten und das Rechtsbewußtsein nicht ständig mehr vermindert werde. „Die CDU/CSU verbürgt sich in ihrer rechtspolitischen Arbeit für eine Wahrung der Rechtsordnung und der Gewährleistung ihrer schützenden Wirkung für alle,“ unterstrich der BACDJ-Vorsitzende. ■

Treffen der Rechtspolitiker von CDU und CSU in Bonn

ve Werteordnung, sondern als den individuellen Interessen dienendes Durchsetzungsinstrument verstanden wird. Einige von SPD und Bündnis 90/Die Grünen betriebene Initiativen leisteten dieser Tendenz weiteren Vorschub. Als Beispiel nannte Helmrich ein vom Land Niedersachsen im Juni dieses Jahres in den Bun-

Eigentumsoffensive für die neuen Bundesländer wird fortgesetzt

Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesbauministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Joachim Günther, hat sich nach der Einigung innerhalb der Bonner Koalition über die Eckpunkte der neuen Wohneigentumsförderung für eine zügige Verbreitung der Angebotsseite des Bau marktes ausgesprochen.

Die Einigung zur Wohneigentumsförderung sieht im einzelnen vor: steuerliche Bauzulage mit Beibehaltung des Vorkostenabzugs, erhöhtes Baukindergeld, erhöhte Bausparförderung und Sonderbürgschaften für die neuen Bundesländer.

Nun müsse genügend preiswertes Bauland durch die Gemeinden bereitgestellt werden. Der Bund wird mit eigenen Flächen – z. B. aus der Konversion – einen eigenen Beitrag leisten.

Dazu zählen auch die Bemühungen um die Einführung kostensparender Bauweisen. Der Markt braucht mehr Transparenz und weniger Regulierung – so Günther. Das Bundesbauministerium werde über breit angelegte Informationen und Bürgerberatungen dazu beitragen.

Im Deregulierungsbereich sieht Günther noch ein weiteres Aufgabenfeld in Zusammen-

arbeit mit den Ländern. Beispielhaft zählt er dazu die Flexibilisierung von Bauleitplänen, die Verschlinkung von Förder Richtlinien, die Reduzierung des Bauordnungsrechts auf die Gefahrenabwehr und die Differenzierung solche kostenträchtiger Normen wie z.B. Schallschutz nach dem Schema „Minimum – sinnvoll und machbar – wünschenswert“.

Joachim Günther:

„Der Prozeß ist mühsam und langwierig, aber wir müssen heute anfangen, um zu einem akzeptablen Ergebnis in absehbarer Zeit zu kommen.“

Besondere Bedeutung erlangen nach den Worten Günthers in den neuen Ländern die Erschließungsaufwendungen und damit die Nachfolgekosten für Eigenheimer, Vermieter und letztendlich die Mieter. Überzogene Forderungen und Ausbaustandards bei der Ver- und Entsorgungsanlagen im Verein mit unabgestimmten Investitionsplänen der Ver- und Entsorgungsmonopolisten seien ein tatsächliches und finanzielles Ärgernis. „Hier tickt eine Zeitbombe im Hinblick auf die Überschuldung ostdeutscher Wohnungseigentümer.“ Günther findet die Idee pauschalierter Erschließungsbeiträge, die sich die Versorger dann teilen müssen, diskussionswürdig. ■

Zahl der Gewerbeanmeldungen im Osten steigt wieder

Nach kontinuierlichem Rückgang seit 1991 steigt die Zahl der Gewerbeanmeldungen in den neuen Bundesländern wieder an. Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, wurden im ersten Quartal 1995 rund 48.000 Anmeldungen ermittelt, 3,4 Prozent mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Mehr als ein Drittel aller angemeldeten Betriebe entfielen auf den Handel. Knapp ein Fünftel betrafen Immobiliengeschäfte und Dienstleistungen. Gleichzeitig erhöhte sich in den ersten drei Monaten die Zahl der Gewerbeanmeldungen um fast 14 Prozent auf 38.500.

Helmut Kohl: Wir stehen am Anfang einer neuen Ära

Zur Reform der Christlich-DEMokratischen Internationale (CDI), die von der Generalversammlung Anfang Juni in Brüssel beschlossen wurde, erklärte der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl:

„Die Reform der CDI werde ich mit allen mir zur Verfügung stehenden Kräften unterstützen. Mir geht es um die Zukunft der Christdemokratie. Mir liegt daran, christdemokratischen Politikern eine Plattform zu schaffen, ihnen ein Instrument an die Hand zu geben, damit die Christdemokratie sich im internationalen Konzert eine angemessene Stimme verschaffen kann. Mehr noch als früher ist es nach dem Ende des Ost-West-Konflikts unsere Aufgabe, wertorientiert zu politischen Grundsatzfragen Stellung zu nehmen. Wir müssen über die künftigen Grundlagen des Zusammenlebens nachdenken und Positionen für die Zukunft beziehen. Unsere Verantwortung ist gewachsen. Wir stehen am Anfang einer neuen Ära.“

Auf Initiative des Kanzlers

Die Reform der CDI geht auf eine gemeinsame Initiative von Bundeskanzler Helmut Kohl und dem ehemaligen chilenischen Präsidenten Patricio Aylwin von Juli 1994 zurück. Patricio Aylwin wurde von der Generalversammlung einstimmig zum Ehrenpräsidenten der CDI nominiert.

Zum Präsidenten der CDI wurde der frühere Vizepräsident von Panama, Prof. Dr. Ricardo Arias Calderón, zum Generalsekretär der außenpolitische Sprecher der spanischen Partido Popular Javier

Rupérez, gewählt. Auch der frühere Trierer Europaabgeordnete Horst Langes gehört dem fünfköpfigen Präsidium an – dem höchsten Leitungsorgan der CDI zwischen der alle 3 Jahre tagenden Generalversammlung. Bei seiner Wahl erzielte er nach dem Philippinen Manglapus das zweitbeste Wahlergebnis.

Zentrum des Austausches und der Koordination

Die CDI ist eine internationale Vereinigung von Parteien und Politikern, die durch ihre gemeinsame Verankerung im christlichen Welt- und Menschenbild verbunden sind. Die CDI will ein Zentrum des Austausches, der Koordination und der Ideenentwicklung sein. Sie will dazu beitragen, eine offene christdemokratische Identität zu entwickeln, die sich in der Anerkennung des Fremden, fremder Identitäten und Wertsysteme bewährt.

Personalie

Der CDU-Bundestagsabgeordnete **Thomas Rachel** (Düren) ist auf der Landestagung des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) der CDU NRW zum neuen Landesvorsitzenden des EAK gewählt worden. Der 33jährige Bonner Parlamentarier übernimmt damit die Nachfolge von **Hans-Ulrich Klose** MdL, der den EAK im Land ein Vierteljahrhundert geleitet hat.

„Große Koalition“ in Bremen steht

Nach 36 Jahren ist die CDU an der Weser wieder in die Regierungsverantwortung zurückgekehrt. SPD und CDU haben sich auf einen 50seitigen Koalitionsvertrag geeinigt. Dem neugewählten Senat gehören jeweils vier Vertreter beider Parteien an. Zusätzlich stellt die CDU mit Reinhard Metz den Parlamentspräsidenten.

Die Bürgerschaftswahl am 14. Mai brachte folgende Mandatsverteilung: SPD 37, CDU 37 und Bündnis 90/Die Grünen 14; die neue Wählerinitiative „Arbeit für Bremen und Bremerhaven“ schaffte im ersten Anlauf den Sprung ins Landesparlament, eroberte 12 Sitze; die FDP scheiterte an der Fünf-Prozent-Hürde; die DVU, seit 1987 in der Bremischen Bürgerschaft, ist dort nicht mehr vertreten.

Vor Beginn von Koalitionsverhandlungen führte die SPD eine Mitgliederbefragung durch mit der Frage „Rot-Grün oder ‚Große Koalition‘?“ – Zudem wählten die Genossen einen neuen Bürgermeisterkandidaten, nachdem Amtsinhaber Klaus Wedemeier nach der Wahlniederlage vom 14. Mai zurückgetreten war. Nur knapp votierte die SPD-Mitgliedschaft für Gespräche mit der CDU, dies unter Führung des bisherigen Bildungs- und Justizsenators Henning Scherf.

Innerhalb von nur zwei Wochen kamen die Verhandlungsdelegationen von SPD und CDU zum Abschluß. „Wir konnten wichtige Projekte und Maßnahmen durchsetzen. Dazu gehören feste Vereinbarungen über Schuldenabbau und Einsparungen sowie klare Absprachen über Investitionsmaßnahmen und -mittel, einschließlich der Kontrolle über deren Verwendung“, so das Fazit von Bernd Neumann, Parlamentarischer Staatssekretär im „Zukunftsministerium“ und Bremer CDU-Landeschef. Die Koalitionspartner verständigten sich ferner



Bürgermeister Ulrich Nölle

darauf, das Abstimmungsverhalten im Bundesrat im Einzelfall zu regeln („Kommt eine Einigung nicht zustande, so enthält sich das Land im Bundesrat der Stimme“). Bernd Neumann: „Wir haben dadurch die Mehrheit im Bundesrat gebrochen, die bisher durch rot oder rotgrün geführte Landesregierungen gehalten wurde.“

Die Zahl der Senatoren wurde von elf auf acht reduziert. Bei der Wahl der Senatoren erzielte Ulrich Nölle (CDU) das beste Ergebnis. Von den 74 Abgeordneten der SPD-CDU-Regierungskoalition fehlten zwei Vertreter. Dennoch stimmten für den neuen Bürgermeister und Finanzsenator insgesamt 83 Abgeordnete, damit mindestens elf Parlamentarier aus Reihen der Opposition. Stimmen aus diesem Lager erhielten auch der Senator für Bau, Verkehr und Stadtentwicklung Dr. Bernt Schulte (CDU/75 Stimmen) sowie Innenminister Ralf H. Borttscheller (CDU/73 Stimmen), der Sohn des früheren FDP-

Bundesschülertagung 1995:

„Für Bildung kämpfen“

Die diesjährige Bundesschülertagung der rund 20.000 Mitglieder umfassenden Schüler Union Deutschlands, Mitte Juni im oberbayrischen Prien am Chiemsee, stand unter dem Motto „Für Bildung kämpfen“.

Die rund 150 Delegierten wählten den 19jährigen Christian Burkiczak aus Nordrhein-Westfalen zum Nachfolger des Hessen Michael Günther in das Amt des Bundesvorsitzenden. Zu seinen Stellvertretern wurden der Hesse Felix Diemerling (20) und die 18jährige Niedersächsin Juliane Winter gewählt. Komplettiert wird der Bundesvorstand durch die beiden Beisitzer Tanja Winkel (19/Rheinland Pfalz) und Frank Lehmann (21/Bayern).

Der Leitantrag stand unter dem Titel „Reform der deformierten Oberstufe“.

Darin beklagen die Schülerinnen und Schüler den andauernden Niveauverfall des Abiturs und die fehlende Allgemeinbildung vieler Abiturienten. Das Papier schlägt eine umfassende Reform der „deformierten“ Oberstufe vor.

So spricht sich die SU für ein Abitur in fünf Fächern aus, zu denen in jedem Fall Deutsch, Mathematik und eine Fremdsprache gehören sollen. Außerdem müssen wahlweise Geschichte oder Gemeinschaftskunde im Abitur gepüft werden. Das fünfte Fach sollen die Schüler frei wählen dürfen.

Daneben hat die Schüler Union ihre Forderung nach dem Zentralabitur in jedem Bundesland und nach einer Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur auf 12 Jahre bekräftigt.

Hafensensors Dr. Georg Borttscheller (1959-1971). Der neue Senator für Wirtschaft, Mittelstand, Technologie und Europaangelegenheiten heißt Hartmut Perschke, 1986 und 1991 Spitzenkandidat der CDU in Hamburg und zuletzt bis Ende 1993 Innenminister in Sachsen-Anhalt. – Für die SPD gehören der Präsident des Senates Henning Scherf sowie die Senatoren Christine Wischer (Frauen, Gesundheit, Jugend, Soziales und Umweltschutz), Bringfriede Kahrs (Bildung, Wissenschaft, Kunst und Sport) und Uwe Beckmeyer (Häfen, überregionaler Verkehr, Außenhandel und Arbeit) der neuen Landesregierung an.

Das beste Wahlergebnis erzielte Reinhard Metz, CDU-Bundestagsabgeordneter von 1976 bis 1987 und zuletzt stellvertretender Vorsitzender der CDU-Bürgerschaftsfraktion, bei der Wahl zum Parlamentspräsidenten. Obwohl die CDU bei der Bürgerschaftswahl rund 2.700 Stimmen (0,8 Prozentpunkte) weniger als die SPD erhielt, stellt die CDU in der neuen Bürgerschaft dennoch deren Präsidenten und damit protokollarisch den ersten Mann im Zweistädte-Staat. „Das ist die Krönung der politischen Karriere von Reinhard Metz“, kommentierte CDU-Landeschef Bernd Neumann die Wahl und das eindrucksvolle Abstimmungsergebnis. ■

Auf in den Familien- Sommer



- **CDU-Wasserball**
Bestell-Nr.: 9778
Verpackungseinheit: 25 Stück
Preis je 25 Expl.: 37,50 DM



- **Plastikball**
Bestell-Nr.: 9933
Verpackungseinheit: 10 Stück
Preis je 10 Expl.: 27,50 DM



- **Europa-Straßenkarte**
Bestell-Nr.: 19542
Verpackungseinheit: 100 Stück
Preis je 100 Expl.: 100,- DM

CDU-Software für Ihren Computer

- **Kennste Deutschland?**
(Das Computerspiel der CDU)
Systemvoraussetzungen:
MS-DOS 4.0, VGA-Grafikkarte
Bestell-Nr.: **9849**
Verpackungseinheit: 10 Expl.
Preis je 10 Expl.: 25,- DM
- **Diskette „50 Jahre CDU“**
Systemvoraussetzungen:
386er Prozessor
Windows 3.1
Bestell-Nr.: **9091**
Verpackungseinheit: 5 Expl.
Preis je 5 Expl.: 13,50 DM



- **Aktionszeichen „50 Jahre CDU“**
(sowie weitere Signets der CDU
und ihrer Vereinigungen)
Bestell-Nr.: **9089**
Verpackungseinheit: 1 Expl.
Preis je Expl.: 5,- DM

- **Multimedia-CD-ROM**
„50 Jahre CDU“
Systemvoraussetzungen:
Multimediafähiger PC, 486er
Prozessor, 8 MB Arbeitsspeicher,
MS-DOS 6.0, Windows 3.1,
VGA-Grafikkarte, Soundkarte,
Double-Speed CD-ROM-
Laufwerk
Bestell-Nr.: **9058**
Verpackungseinheit: 1 Expl.
Preis je Expl.: 20,- DM



Bestellungen an:

IS-Versandzentrum
Postfach 1164
33759 Versmold
Fax: (0 54 23) 4 15 21

Alle Preise zzgl. MwSt. und Versand*.
*Bei Bestellungen bis zu einem Warenwert
von 50,- DM wird eine Versandkosten-
pauschale von 5,- DM erhoben.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
53014 BONN

Weitersagen:

Die CDU will, daß ab dem Jahr 2000 kein Auto ohne Kat mehr zugelassen wird.

CDU

Wir machen weiter voran.

Das ist die neueste Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten. Wenn Sie in den Verteiler für Wandzeitungen aufgenommen werden möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle.

UiD

23/1995

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion:
Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113
Bonn, Telefon (0228) 5440, Verlag: Union Betriebs
GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel.
(0228) 53 07-0, Telefax (0228) 53 07-118/119. Vertrieb:
Tel. (0228) 53 07-1 89. Verlagsleitung: Bernd Profitlich
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183
(BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504
(BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 56,- DM.
Einzelpreis 1,50 DM. Herstellung: vva Vereinigte Verlags-
anstalten GmbH, Düsseldorf.